



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 16. Mai 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t (neu)

über die

*31. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 15. Mai 2013,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Zum Antrag der Fraktion der CDU zur **Vorortbegehung des Zwischenlagers Brunsbüttel**, [Umdruck 18/1096](#), nahm der Ausschuss einen Bericht des Innenministeriums entgegen. Es schloss sich eine Diskussion an. Darüber hinaus nahm er in Aussicht, gemeinsam mit dem Umwelt- und Agrarausschuss am 12. August 2013 einen Ortstermin durchzuführen.

Der Ausschuss nahm zu folgenden Themen ebenfalls Berichte des Innenministeriums entgegen, an die sich jeweils eine Diskussion anschloss:

- **Bisherige Ergebnisse des Digitalfunk-Probebetriebs bei der schleswig-holsteinischen Polizei;**
Antrag des Abg. Wolfgang Kubicki (FDP)
[Umdruck 18/1148](#)
- **Sachstand der Novellierung des FAG.**

Einen weiteren Bericht des Innenministeriums nahmen die Ausschussmitglieder zu den Themen **Aktueller Sachstand der kooperativen Leitstellen in Schleswig-Holstein, Konsequenzen aus den technischen Schwierigkeiten bei der Kooperativen Regionalleitstelle Elmshorn** und **Aktuelle Situation in der Kooperativen Regionalleitstelle in Elmshorn** entgegen. Der Ausschuss bat darum, eine Liste mit den erwähnten offenen Punkten in schriftlicher Form zu erhalten.

Zu folgenden Tagesordnungspunkten wurden Anhörungen beschlossen:

- **Bundesratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und Privatsphäre im Internet**
Mündliche Anhörung am 7. August 2013 zu Nr. 2 des Antrags der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/195](#),
Benennung der Anzuhörenden innerhalb von zwei Wochen;

- **Schaffung bezahlbaren Wohnraums ermöglichen**

Schriftliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/599](#), Benennung bis zum 31. Mai 2013.

Den Bericht der Landesregierung zur **Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Wohnung im Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/563](#), nahm der Ausschuss zur Kenntnis und bat darum, das angesprochene Gutachten zur Wohnraumversorgung zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der CDU, den Änderungsantrag der Fraktion der FDP zu **Schleswig-Holstein - Land der Horizonte, der Weltoffenheit und des Respekts - Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung**, [Drucksache 18/465](#), abzulehnen. Sodann empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der FDP dem Landtag die Annahme des Antrags der Regierungsfractionen, [Drucksache 18/439](#), in der durch den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW geänderten Fassung des [Umdruck 18/1174](#). Der ursprüngliche Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/466](#), wurde vor diesem Hintergrund für erledigt erklärt.

Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Finanzausschusses empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der FDP zur **Kommunalpolitik ist Ehrenamt**, [Drucksache 18/708](#), und den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zu **Kommunales Ehrenamt stärken**, [Drucksache 18/743](#), im Einvernehmen mit den Antragstellern für erledigt zu erklären.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Landesverwaltungsgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes - Anpassung des manuellen Abrufs der Bestandsdaten nach dem Telekommunikationsgesetz an die verfassungsrechtlichen Vorgaben**, [Drucksache 18/713](#), legte der Ausschuss den Kreis der Anzuhörenden für die mündliche Anhörung am 5. Juni 2013 um 13 Uhr fest.

Zu dem Verfahren vor dem **Landesverfassungsgericht** zur Einholung einer Entscheidung nach § 44 LVerfGG - **Unterbringung nach dem PsychKG**, [Umdruck 18/829](#) (interner Umdruck), schloss er seine Beratungen ab.

Die Beratungen zum Entwurf eines Gesetzes zur **Neuordnung des Glücksspiels**, [Drucksache 18/508](#) (neu), vertagte der Ausschuss auf seine nächste Sitzung.

Schluss: 16:20 Uhr

i.V. gez. Petra Tschanter